

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben- & Komp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: G. K. Kohn, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,60 M., durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 3,00 M., Einzelnummer 12.- M., Sonnabendnummer 15.- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25381. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Nonpareilzeile 25.- M., die 8 gespaltene Helmezeile 90.- M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an bestimmten Tagen. Für Briefbeleg 8 M.

Nr. 262

Dresden, Freitag den 10. November 1922

33. Jahrg.

## Der Profit in Gefahr

### Stinnes und die Industrie gegen die Befundung — „Keine Stabilisierung der Mark“

Bei der Besprechung der Parteiführer in der Reichsregierung am Donnerstag verlangte lediglich die Sozialdemokratie, indem sie den Vorschlägen der Regierung an die Reparationskommission zustimmte, daß jetzt die dauernde Initiative in der Währungsreform in der Hand der deutschen Regierung bleiben müsse. Es sei dringend erforderlich, daß der Eindruck der bewußten und tatkräftigen Anspannung aller Kräfte zur Reform der Währung auch außen hervorgerufen würde.

Die Zurückhaltung der bürgerlichen Parteiführer war auffallend. Lediglich das Zentrum erklärte lakonisch das Einverständnis mit der Note der Reichsregierung. Eine Erklärung für diese Zurückhaltung aber liefert die Tatsache, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie und Herr Stinnes bereits alles ins Werk gesetzt haben, um die Stabilisierung der Mark zu verhindern. Stinnes hat sich im Reichswirtschaftsrat am Donnerstag nachmittags ganz offen unter eifriger Zustimmung sämtlicher Industriellen als Gegner der Mark-Stabilisierung bekannt, dafür aber die Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden gefordert. Von welchen Gesichtspunkten sich diese Kreise leiten lassen, zeigt eine unvorsichtige Äußerung der Deutschen Tageszeitung. Sie schreibt: „Nun unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Stabilisierung der Mark für die deutsche Industrie zunächst sehr große Ersparungen bringen würde, da die Spannung zwischen äußerer und innerer Valuta, die ja in den letzten Jahren die Konkurrenz mit dem Ausland in bestimmendem Maße erleichterte, dann eben in Fortfall käme, entweder völlig oder annähernd.“ Der Profit ist bedroht. Deshalb will die Industrie mit Stinnes an der Spitze keine Stabilisierung der Mark. Was kümmern diese Herrschaften die Einkäufer, ja der Tod von Hunderttausenden oder Millionen, wenn ihre materiellen Interessen gefährdet sind! Angesichts dieses Laibhandes dürfte es so wohl in der Sitzung des auswärtigen Ausschusses am Freitag, als auch bei der großen politischen Aussprache am Dienstag im Reichstage zu heftigen Auseinandersetzungen kommen. Die Front ist jetzt bereits deutlich: Für oder gegen die Mark, für oder gegen die Teuerung, für oder gegen den Wirtschaftskreislauf, Steuerabzug oder Steuerbindung, das sind gegenwärtig die Themen, die Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien scheiden.

Der Reichstag wird bereits am Montag zu einer nur kurzen Sitzung zusammenzutreten, um den Fraktionen am Abend die Möglichkeit zur Aussprache zu geben. Die sozialdemokratische Fraktion ist bereits für Montag zu einer Fraktionssitzung eingeladen worden.

### Der deutsche Vorschlag

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission haben zu einem Notenentwurf geführt, der jetzt der Öffentlichkeit übergeben wird.

Am dem am 4. November der Reparationskommission gemachten Vorschlag für die Stabilisierung der Mark hält die deutsche Regierung ein erfolgreiches Unternehmen zur Stützung der Mark zur Zeit nur bei einem Zusammenwirken Deutschlands mit der Kapitalkraft des Auslandes für möglich. Ein solcher Zusammenstoß ist in der Weise gedacht, daß unter Mitwirkung der Reichsbank ein internationales Syndikat zur Befestigung eines internationalen Bankkredits von mindestens 500 Millionen Goldmark für die deutsche Währungsreform gebildet wird, um die Mark zu stützen und ihren Stand zu bessern.

Wenn durch einen derartigen Bankkredit die Vorbedingung für eine wirkliche Stützung der Mark, nämlich die Wiederkehr des Vertrauens des In- und Auslandes zur deutschen Währung, gegeben ist, ist Deutschland entschlossen:

- seinen Haushalt im Gleichgewicht zu halten,
- eine Besserung der Handels- und Zahlungsbilanz durch wirtschaftliche Maßnahmen, insbesondere durch Steigerung der Produktion herbeizuführen,
- die schwelende Schuld einzulösen,
- innere Anleihen aufzunehmen.

### Die Antwort der Kommission

Die Antwort der Reparationskommission erfolgte am 6. November. Sie erklärt die deutschen Vorschläge bisher für zu unbestimmt.

Die deutsche Regierung, die „einen bestimmten und ausführlichen Plan“ zur Herbeiführung dieser Stabilisierung vorzulegen versprochen hatte, habe sich auf die Bitte an die Kommission beschränkt, mit einem internationalen Finanzkomitee die Möglichkeit und die Bedingungen einer solchen Anleihe von mindestens 500 Millionen Goldmark zu untersuchen. Jeder hat die Initiative und Verantwortung, die ihm zuzukommen, zu ergreifen und auf sich zu nehmen. Wird der Reparationskommission ein Anleiheprojekt oder irgendein anderes Projekt vorgelegt, so wird sie sich der Prüfung und Meinungäußerung, soweit sie dafür zuständig ist, nicht entziehen. Aber es ist Pflicht der deutschen Regierung, die übrigen internationalen Sachverständigen herbeizuführen, die der Kommission ein Projekt vorzulegen. Die Kommission gibt sich noch der Hoffnung hin, daß die deutsche Regierung sie unter nochmaliger Anstrengung und ernstlicher Prüfung sobald wie möglich mit den in ihrer ersten Note angeführten Vorschlägen besenden wird.

### Das Schreiben Wirths

Am 8. November überhandte der Reichskanzler der Reparationskommission zwei Gutachten der internationalen Sachverständigen mit einem Schreiben, in dem die deutsche Regierung erneut erklärt, daß sie eine Festigung und Besserung des Marktkurses als die augenblicklich wichtigste und dringlichste Aufgabe ihrer Politik betrachtet. Es muß nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß alles, was jetzt zum Zwecke der Stabilisierung der Mark geschehen kann, immer nur ein Hilfsmittel ist, um ein gewisses Vertrauen des deutschen und des ausländischen Publikums in die Zukunft des deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen wiederherzustellen. Ein dauernder Erfolg der Maßnahmen, welche jetzt unternommen werden können, wird nur dann verbürgt, wenn die endgültige Lösung des gesamten Reparationsproblems alsbald in Angriff genommen und mit größter Beschleunigung zu Ende geführt wird.

Auch die Reichsbank ist von der außerordentlichen und entscheidenden Bedeutung der Bildung eines internationalen Bankkredits für die Wiederherstellung des Vertrauens und das Gelingen einer Stützaktion überzeugt. Sie hat sich bereit erklärt, auch ihrerseits an dieser Aktion mitzuwirken und sich an der Aufbringung der Mittel zu beteiligen.

Die erste Bedingung, die die Sachverständigen stellen, geht dahin, daß während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der vom Syndikat geleisteten Vorschüsse Deutschland von jeder Verzinsung auf Grund des Vertrauensverhältnisses sowie von allen Naturalleistungen für Reparationszwecke vorübergehend befreit werden müsse. Die deutsche Regierung ist jedoch bereit, Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, insoweit es möglich ist, diese Leistungen ohne Vermehrung der schwelenden Schuld aus dem Budget oder durch innere Anleihen zu bestreiten.

Die deutschen Vorschläge bezwecken nicht nur die Rettung Deutschlands aus seinen Währungsnotlagen. Deutschland soll durch sie instand gesetzt werden, wiederum Reparationsleistungen zu bewirken.

## Sozialistische Einigung in Schweden

Stockholm, 8. November. Eine Versammlung von Vertretern der beiden sozialistischen Parteien beschloß nach dreitägigen Verhandlungen, ihren Anhänger den Zusammenfassung vorzuschlagen.

Dieser Vorschlag dürfte ausgedehnt werden. Die schwedische Spaltung erfolgte 1917, und zwar wegen Differenzen über die Haltung zum Militarismus. Die linkssozialistischen machten später Deutschland — und zwar auf Befehl Moskaus. Die rechtssozialistischen konnten keine Bedeutung erlangen. Die abgeklärteren Linken blieben schwach; in der Kammer haben sie nur fünf Abgeordnete gegenüber nahezu 100 der Sozialdemokratie. Die Vereinigung hat aber vor allem eine moralische Bedeutung, da die Nationalen Vereinigungsbewegungen fördernd einwirken.

## Wahlen in Amerika

New York, 8. November. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus und eines Drittels des Senats sind nun zu übersehen. Das Repräsentantenhaus sind gewählt worden: Republikaner 215, Demokraten 205, Sozialisten 1. In den 11 Unabhängigen — Die republikanische Mehrheit von 215 Stimmen im Senat ist auf 75 gesunken. Am 20. November wird eine außerordentliche Tagung des Repräsentantenhauses stattfinden.

Die Parlamentarischen Wahlen finden aber zwei Jahre statt. 1900 fanden die Republikaner über die Demokraten mit einer Mehrheit von über 150 Abgeordneten. Der Grund war die Un-

## Die Not der Schulkinder

### Die Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse der Schulkinder in der Amtshauptmannschaft Dresden-N.

Von J. Hartmann  
Die Bezirkswohlfahrtsbesprechung, die das Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Dresden-N. abhielt, soll dem Jugendamt, das auf Grund des neuen Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrtspflege für den Landbezirk Dresden-N. abhielt, gegründet werden soll, aus Anregungen und Austausch von Erfahrungen eine geeignete Grundlage geben und insbesondere alle amtliche und private Jugendwohlfahrtspflege auf einem gemeinschaftlichen Boden zusammenführen. Bei der Vielgestaltigkeit der der Kindermisere gewidmeten Aufgaben werden auf der Bezirksversammlung kaum alle Pflanzgebiete erschöpfend behandelt werden können. Deshalb folgen hier einige Ausführungen von allgemeinem Interesse, namentlich über den Gesundheits- und Ernährungsstand der Schulkinder im amtshauptmannschaftlichen Bezirk.

Die Berichte der Schulärzte und Schulleiter entrollen immer noch ein recht trübes Bild. Wenn auch, nach ganz allgemeinen Gesichtspunkten betrachtet, eine gewisse Besserung im Ernährungszustand der Kinder eingetreten ist, so schreitet diese doch nur langsam vorwärts. Die in den letzten zwei Jahren allmählich angestiegene Kurve des Allgemeinzustandes der Kinder zeigt seit Anfang dieses Jahres infolge der unaufhaltbar fortschreitenden Wertverminderung und der dadurch herbeigeführten Verteuerung und Verschlechterung der gesamten Lebenshaltung wieder eine Abwärtsbewegung. Von 14 599 Schulkindern im amtshauptmannschaftlichen Bezirk werden 5463 als unterernährt und weitere 2849 als schwer unterernährt gemeldet. Insgesamt 57 Prozent aller Schulkinder sind sonach immer noch in der Entwicklung bedroht. Die notwendigen Nahrungsmittel sind aber infolge der außerordentlich hohen Preise dem Zugriff der vorwiegend armen Bevölkerung entzogen. Unter einer derart langandauernden Entbehrung und Not müssen vor allem die im Wachstum befindlichen Kinder am schwersten leiden. Dementprechend ist auch die Größe und das Gewicht bei mehr als 50 Prozent der Schulkinder unternormal geblieben.

Entsprechend dem Ernährungsstand haben auch die Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder den Stand der Vorkriegszeit bei weitem noch nicht wieder erreicht, wiewohl schon vor dem Weltkriege die Gesundheitsverhältnisse im Bezirk nicht günstig waren. Die Schulkinder verkommen größtenteils Arbeiterfamilien, die nahezu zwei Drittel der Bezirksbevölkerung ausmachen. Enghes Zusammenwohnen in Gemeinden mit stadtbühlichem Charakter und ungünstige Abmungsbedingungen in einem dicht besiedelten Industriezentrum, wie es namentlich der enge Plauensche Grund darstellt, haben bei starker Ausbreitung der Tuberkulose im Bezirk namentlich die gesundheitliche Entwicklung der Kinder erheblich beeinflusst. Während vor dem Weltkriege etwa 30 Prozent der Schulkinder im amtshauptmannschaftlichen Bezirk als krank, gebrechlich und erholungsbedürftig bezeichnet wurden, sind es jetzt immer noch mehr als 50 Prozent, deren Gesundheit in den Jahren des Körperwachstums stark untergraben ist. Meist sind es Blutmangelzustände, Stomatose, Herz- und Nervenstörungen sowie Reichen einer beginnenden oder schlummernden Tuberkulose der Lungen und Drüsen. Auch Empfindlichkeiten gegen Witterungseinflüsse treten bei den Kindern jetzt auffällig stärker hervor. Nach ärztlichen Urteilen besteht in den Krankheitszuständen kein bemerkenswerter Unterschied zwischen Knaben und Mädchen.

Auch in den geistigen Schwachzuständen der Kinder als nachteilige Folge der körperlichen Schwäche, besonders der Blutmangel, ist nach den Berichten der Lehrerschaft bisher eine merkliche Besserung noch nicht eingetreten. Kinder verschiedener Altersstufen müssen wochen- ja monatelang vom Unterricht ferngehalten werden aus dem Grunde, weil sie vor Schwäche und Zurückgebliebenheit nicht fähig sind, dem Unterricht in vollem Umfang zu folgen. Sie werden mitten in der Schulkunde ohnmächtig und dann gewöhnlich von langem Schlaf befallen.

Über den Gesundheitszustand der dreijährigen Bevölkerung lassen sich bestimmte zahlenmäßige Angaben noch nicht machen. Aus dem Bericht über die kindärztliche Tätigkeit im Jahre 1921/22 möchte aber hervorgehoben werden, daß 52 Prozent der Schulkinder im amtshauptmannschaftlichen Bezirk (gegenüber 32 Prozent im Jahre 1913) in ärztliche Behandlung verwiesen werden mußten. Nach den Beobachtungen, die in einigen Schulen bei den dreijährigen Untersuchungen gemacht worden sind, scheint es, daß die im Kriege geborenen Kinder der immer noch in ihrer Entwicklung erschwert sind und daß sich die über den Gesundheitszustand des Vorjahres angegebene Verhältniszahl nicht wesentlich verschoben hat.

Alle diese Erscheinungen gehen zurück auf eine qualitativ und quantitativ unzulängliche Ernährung. Um so mehr muß die Quäterspeisung mit ihren ungünstigen Wirkungen und dem Erfolge einer beträchtlichen Gewichtsabnahme bei der größten Anzahl der geprüften Kinder als ein großer Segen ausgeprochen werden und der Dank des Bezirks für diese Bistat kann nicht groß genug sein. Über 3 1/2 Millionen Mark beträgt der Wert der zur bisherigen Quäterspeisung im Bezirk verwendeten Nahrungsmittel, und für weitere 6 Millionen Mark Nahrungsmengen haben die Quäter, wiewohl sie nicht mehr in Deutschland weilen für unsern Bezirk zur Kinderpeisung bis Ostern 1923 noch

## Die Krisis in der Türkei

Die Nachrichten aus Konstantinopel bezeichnen weitere Demonstrationen gegen die Alliierten. Die Türken erneuerten ihre Forderung auf Räumung Konstantinopels und Zurückziehung aller Kriegsschiffe. Die alliierten Oberkommissare lehnten erneut ab und erbat von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Verhängung strenger Maßnahmen. Dennoch beharrten die Türken auf ihrem Standpunkt. Der französische General Bellet sagte im Einvernehmen mit seinen alliierten Kameraden den Beschlüssen der Belagerungszustand über Konstantinopel zu verhängen. Der Sultan, der seiner Ablehnung widerspricht, soll sich unter englischen Schutz auf ein englisches Kriegsschiff begeben haben.

London, 9. November. Großbritannien hat Frankreich die Vertagung der Konferenz von Lausanne vom 13. auf den 27. November vorgeschlagen. Poincaré beharrt aber auf dem 20. November, ebenso antwortete Mussolini, der für Italien auf der Konferenz erscheinen wird.

aufriedenheit über Wilsons Politik. Jetzt ist diese Mehrheit bis auf kaum ein Dutzend Stimmen zusammengesunken, das beharrt das formelle das Weiterarbeiten des Präsidenten darüber nicht. Kritisch dürfte es bei Besetzung seiner Politik öfter in Konflikte mit dem Repräsentantenhaus geraten. Bedauerlich ist, daß die Sozialisten auch diesmal nicht vermochten, erhebliche Stimmenzahlen aufzubringen. Ueber den fast katastrophalen Verlust der Republikaner, seine Ursachen und Folgen werden erst weitere Nachrichten Aufklärung bringen.